

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

**Bezugspreis:** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beilage. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. — Telefon Sammelnummer 72204 — **Postkontokonto Leipzig Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72216 — **Verlag in Leipzig:**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72 0

**Anzeigenpreise:** Die Haupt- und Nebenseiten 35 Pf. bei 1000 Eindrücken 40 Pf. — Stellenangebote 10 Pf. Kolonnenpreis 25 Pf. Familienanzeigen von Privatpersonen 10 Pf. Kolonnenpreis mit 50% Nachlaß. Reklameseite 2 Mk. Inserate v. ausm.: die Haupt- und Nebenseiten 40 Pf. bei 1000 Eindrücken 50 Pf. Reklameseite 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Aemternachbarn und alle Volkshäuser entgegen.

## Neue Risse im Lager der Koalition.

Trotzdem große Koalition?

SPD. Berlin, 15. Dezember. (Radio.)

Die interfraktionellen Besprechungen der für die große Koalition in Frage kommenden Parteien begannen wahrscheinlich heute gegen Mittag oder in den ersten Nachmittagsstunden. Zwischen hat sich die Deutsche Volkspartei in einer Fraktionsbesprechung nochmals mit der Frage der Regierungsbildung beschäftigt und nach den in der Öffentlichkeit vorliegenden Nachrichten nicht mehr beschloßen, als bisher bereits zum Beschluß erhoben war: sie ist mit dem Vorgehen ihres Fraktionsvorsitzenden einverstanden.

Das Zentrum scheint die Volksparteier durch Fehrenbach auch am Montagabend darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß ihre Kandidatur auf die Dauer unerträglich ist. Unter anderem erklärte Fehrenbach dem Abg. Scholz, daß die Zentrumskoalition die Bildung der großen Koalition für eine dringende Notwendigkeit hält und das Zentrum sich deshalb an keiner anderen Regierung beteiligen wird. Die Germania unterstützt diese Auffassung in ihrer heutigen Morgenausgabe in einer Polemik gegen die Kölnische Zeitung. Sie schreibt:

„Nur an einer Mehrheitsregierung wird sich das Zentrum beteiligen, und wenn sich die Kölnische Zeitung unter der vorläufigen Regierungsbildung den Versuch einer Minderheitsregierung vorstellen sollte, so müßten wir ihr selber sagen, daß wir darin einen höchst unerwünschten Weg der Regierungsbildung sehen, den zu gehen das Zentrum entschieden ablehnt.“

Wenn auch eine Einigung über das Arbeitsprogramm einer Regierung der großen Koalition noch nicht erfolgt ist und auf Grund der Faltung der Deutschen Volkspartei wahrscheinlich nie zustande kommen wird, werden für eine Regierung noch trotzdem bereits bestimmte Namen als Minister genannt. Das Berliner Tageblatt spricht von einem „Kabinett der Reichsanwälte“, dessen wesentliche Mitglieder von ehemaligen Reichsanwälten sein werden sollen. So heißt es, daß Hermann Müller das Amt des Reichsanwalts übernehmen soll und Dr. Koller, der gegenwärtig deutscher Gesandter in Venedig ist, für das Innenministerium in Aussicht genommen ist. Es ist richtig, daß Dr. Koch persönlich den Wunsch der Schaffung eines Reichsanwalts hat, daß der Sozialdemokratie angeboten werden soll. Als Justizminister wird Dr. Marx genannt. Stresemann soll Außenminister bleiben. Aber solange über ein solches Programm keine Einigung erzielt ist, erscheint es überflüssig, sich über persönliche Dinge zu unterhalten, die morgen bereits Luft sein werden. Uebrigens ist Luther in dem neuen Kabinett als Wirtschaftsminister gedacht. Der bisherige Ernährungsminister soll dann in das Reichswirtschaftsministerium aufgehen.

Das Berliner Tageblatt, wie auch die großen Korrespondenz-Bureaus teilen mit, daß Dr. Koch die Ansicht habe, ein eigenes Arbeitsprogramm auszuarbeiten, das heute vormittag den Parteiführern vorgelegt werden soll.

Während Herr Koch, der jüngste Präsident auf den Reichstagskanzlerposten, geheimnisvoll mit den Parteiführern konferierte, ging im Plenum des Reichstages die seit langem erwartete Beamtendebatte vom Stapel.

Die Verhandlungen wurden durch eine feierliche Rede des Ex-Reichstagspräsidenten Fehrenbach eingeleitet. Er hielt dem Präsidenten eine Geburtstagsrede, deren Tonart reichlich pastoral gehalten war. Der stolze Reichstagspräsident schloß mit den Worten: Ad multos annos, d. h. Glück dem Präsidenten „auf viele Jahre“. Der kommende Reichstag dürfte das kaum gegolten haben, denn kurz nach dem feierlichen Geburtstagsakt strebten die Geister der großen Koalition erneut heftig auseinander.

Wir berichteten bereits, daß sich Reichstagskanzler Luther am Sonntagabend eingehend bemühte, den Beschluß des Reichshauswirtschaftsausschusses umzuwerfen, der nur für die Beamtengruppen I-VI 25 beziehentlich 20 Prozent Teuerungszulage ergab. Das traf den Reichstagspräsidenten besonders hart. Seine Vorliebe für die höheren Beamten ist allgemein bekannt. Die letzten Gehaltsreformen haben typische Beweise dafür gebracht. Dann aber wehrte er sich gegen die endgültige Regelung der Beamtengehälter, wie sie durch den Beschluß des Ausschusses vorgegeben sind. Der Antrag Leichter, den der Reichstagspräsident schließlich zur Annahme empfahl, steht lediglich eine einmalige Notmaßnahme dar, die weder die heutige noch die neue Regierung festlegen soll. Und darin offenbart sich der Widerstand.

Ist es erst gelungen, die kommende Regierung zustande zu bringen, dann dürfte die endgültige Besoldungsreform erfahrungsgemäß Monate auf sich warten lassen. Durch den Beschluß des Ausschusses wird etwas Definitives geschaffen, wobei besonders bemerkenswert erscheint, daß der Zentrumsvorsitzender Erising erklärte, seine Partei werde auch im Plenum für die Anträge des Ausschusses stimmen. Im Gegensatz zum Zentrum stehen alle übrigen Parteien rechts davon hinter dem Vorschlag des Kanzlers. Nicht nur der deutschnationale Lawrenz, sondern auch der Beamtenführer der Deutschen Volkspartei, Morath, wandte sich gegen die Beschlüsse des Ausschusses. Beide traten für die Gehälter der höheren Beamten ein und vor allem Morath erklärte, daß man endlich damit aufhören solle, immerfort von dem sozialen Empfinden zu reden.

Zwar sollte ursprünglich bereits nachmittags gegen 1/5 Uhr abgestimmt werden. Man glaubte, daß sich die bürgerlichen Parteien mit einer Erklärung begnügen würden. Zulezt aber ergab sich eine ellenlange Redenliste. Der Redestrom wurde unersättlich, so daß die Entscheidung gestern noch nicht erfolgen konnte. Zum Abend hatte Genosse Löbe die sozialdemokratische Fraktion, zugleich auch im Auftrag der übrigen „Fraktionsindianer“ — d. h. die

Amerika-Delegierten zur Tagung der Interparlamentarischen Union — eingeladen, so daß, wie auch sonst üblich, gegen 7 Uhr geschlossen wurde. Aus diesen Gründen wurde auch die Abstimmung vertagt. Sie wird auch heute noch nicht ohne weiteres vor sich gehen, da noch etwa ein halbes Dutzend Redner auf der Liste stehen. Soviel aber steht heute bereits fest, daß bei der Abstimmung der Reich mitten durch das Lager der großen Koalition gehen wird. Möglicherweise hängt es von wenigen Stimmen ab, wie die Entscheidung fallen wird. Sind das Zentrum und die übrigen Linksparteien stark vertreten, dann dürfte der Ausschlußbeschuß zur Annahme gelangen, andernfalls könnte das Ergebnis zweifelhaft sein. Jedenfalls ist das ein nicht gerade würdiger Aufstoß zur großen Koalition und Herr Dr. Koch wird mit immer neuen Widerständen zu rechnen haben. Außerdem bezeugt dieser Vorgang abermals, welche Schwierigkeiten sich der neuen Regierung noch entgegenstellen werden. Und vielleicht behält Hindenburg tatsächlich recht, wenn er erklärte, daß im Angesicht der schier unüberwindlichen Hindernisse die Forderung für die große Koalition bis zum Frühjahr aufgeschoben werden müsse. Jedenfalls ergeben sich von Tag zu Tag immer erneut Probleme, die ein Zusammenarbeiten der großen Koalition unmöglich machen. Zwar orakelte Georg Bernhard, der geistliche Vater der großen Koalition, in der Leipziger Zeitung, wie ein Mediziner über die „innere Logik der Dinge“, die die Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion zur Folge habe. Er erklärt, daß man wohl oder übel auch B sagen müsse, wenn man schon dazu überging, den ersten Vorschlag des Alphabets auszusprechen. Die tägliche Rundschau, das Organ Dr. Stresemanns, ist über die große Koalition nach wie vor recht wenig erbaud. Darüber freut sich die Deutsche Tageszeitung, die, wie auch die übrigen Rechtsorgane, jeden Vorgang registriert, der der großen Koalition Schwierigkeiten macht. Jedenfalls wird die Bildung der Regierung noch mancherlei Hebelwirkungen bringen.

Ursprünglich war geplant, bis zur Vertagung des Reichstages, d. h. bis zum 18. Dezember, das Programm der neuen Regierung entgegenzunehmen. Vorläufig steht es noch nicht danach aus, als wenn bis dahin ein Kabinett überhaupt zustande käme.

Die schon mitgeteilt, hatten die Deutschnationalen nach der Entlassung Dr. Schieles, des Pensionatsverwalters, einen Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, eine Denkschrift auszuarbeiten, in der namentlich die Pensionsträger seit dem November 1918 aufgeführt werden sollten. Die Sozialdemokratie vermag dieser Denkschrift mit äußerster Ruhe entgegenzutreten, da unter den Ministerpensionären aller Wahrscheinlichkeit nach nur zwei sozialistische Minister zu finden sein werden. Sie beantragte aber, daß die Denkschrift nicht erst mit dem November 1918 beginnen soll. Es soll ganze Arbeit geleistet werden. Das deutsche Volk soll erfahren, welche der ehemals kaiserlichen Minister und mit welchen Dotationen sie von der Republik erhalten werden. Außerdem wird gewünscht, daß auch über die Pensionen dieser Feldmarschälle Klarheit geschaffen werde.

Bei der traditionellen „Wahrheitsliebe“ der Deutschnationalen sollte nicht daran gezwungen werden, daß der sozialdemokratische Antrag einstimmig angenommen wird.

## Loucheurs Stellung erschüttert.

Eine Niederlage der Regierung im Finanzausschuß.

SPD. Paris, 15. Dezember. (Radio.)

Die Finanzkommission der Kammer hat es am Montagabend mit 15 gegen 8 Stimmen abgelehnt, in die Diskussionslage der Hauptvorlage des Loucheurschen Finanzprogramms einzutreten, die die Schaffung von 8 Milliarden neuer Einnahmen zum Ausgleich des Budgets fordert.

Der von Renaudel gestellte Antrag lautete auf einfache Zurückverweisung des Gesetzentwurfs an die Regierung. Die Kommission hat jedoch mit 16 gegen 7 Stimmen einen Antrag des Genossen Aurio angenommen, der die Bereitschaft der Kommission erklärt, mit dem Finanzministerium zusammenzuarbeiten zu dem Zweck der Aufstellung eines neuen Sanierungsprogramms auf der Basis der von diesem eingebrachten Gesetzentwürfe betreffend die Steuer- und Kapitalumlage, die Konsolidierung der Renten und die Umwandlung der Inhaberpapiere in Namenspapiere.

SPD. Paris, 15. Dezember. (Radio.)

Der Ministerrat wird sich heute mit den Konsequenzen der mit 16 gegen 7 Stimmen erfolgten Abstimmung für das Loucheursche Sanierungsprogramm beschäftigen, nachdem bereits am Montagabend Briand zusammen mit Loucheur, Painlevé und dem Finanzminister im Finanzministerium Moris über die durch das getriggerte Votum in der Finanzkommission geschaffene Situation beraten hatte. In parlamentarischen Kreisen gilt es als ausgeschlossen, daß es darüber zu einer Kabinettstrennung kommen wird. Gegen die Stellung Loucheurs als Finanzminister schwer erschüttert. Er hat zwar in der vergangenen Woche erklärt, daß er zu einer weitestgehenden Mobilität seiner Vorlagen bereit sei und es ist deshalb anzunehmen, daß er nunmehr den Versuch machen wird, mit der Kommission über eine Reihe Gesetzentwürfe zu verhandeln. Es ist jedoch sehr fraglich, ob eine solche Verständigung noch möglich sein wird. In parlamentarischen Kreisen ist man jedenfalls der Auffassung, daß Loucheur früher oder später die Konsequenzen aus der fast in allen Parteien bestehenden Opposition gegen sein Finanzprogramm wird ziehen müssen. Die 16 Stimmen, die am Montagabend die Vorlage zu Fall gebracht haben, setzen sich zusammen aus denen der Kommunisten, der Sozialisten, einem Teil der Radikalsocialen und mehreren Mitgliedern der Rechten.

## Das soziale Anflitz des Sowjet-Staates.

G. In seinem Buch über die russische Revolution von 1905 wendet sich Trotzki mit beifolgendem Eifer gegen eine Auffassung, die zwar die geschichtliche Unvermeidbarkeit eines bestimmten taktischen Weges zugibt, den Weg selbst aber nicht als den richtigen zu kennzeichnen vermag. So könnte auch unserer früheren Darstellung des Verlaufs der Revolution von 1917 entgegengehalten werden, wir selbst hätten unter Berufung auf Martow das Unvermeidliche der Machtübergabe durch das Proletariat zugegeben und es stünde uns nicht zu, an dieser geschichtlichen Tatsache Kritik zu üben. Diesen Einwand für sich haltend zu erklären, verbietet uns jedoch die Geschichtsauffassung, auf der stehend wir an die Analyse der russischen Revolution herangehen: der Marxismus. Denn die geschichtliche Notwendigkeit eines Ereignisses bezeugt noch gar nichts darüber, wie sich das Proletariat zu ihm zu verhalten habe. Man kann sehr wohl der Ansicht sein, daß der Münchner Räteaustand aus geschichtlicher Notwendigkeit keinen andern Ausgang haben konnte, als der ihm zuteil wurde, und kann doch die Rolle, die eine sozialistische Regierung in der Niederwerfung der Räte-Republik spielte, auf das entschiedenste verurteilen.

Die bürgerliche Revolution in Rußland ist zweifellos als ein Fortschritt, und daß sie vom Proletariat vollendet werden mußte, zweifellos als eine geschichtliche Notwendigkeit anzusprechen. Weder erhält aber dadurch die Revolution den Charakter einer sozialistischen, noch die Art ihrer Vornahme die Beurteilung, die einer im Interesse des Proletariats gelegenen Umwälzung zukommt. In der russischen Revolution war die Notwendigkeit der historischen Entwicklung mit den Lebensinteressen des Proletariats als Klasse in Widerspruch geraten. Weil aber das Proletariat sich als Klasse bereits erkannt hatte, war es nicht möglich, sein Interesse den abstrakten Notwendigkeiten der Entwicklung so zu opfern, daß dieses Opfer reibungslos und ohne Widerstand hätte gebracht werden können. Das Proletariat zerfiel in einander bestehende Teile, die im nachfolgenden Bürgerkrieg mehr als einmal auf verschiedenen Seiten des Schlachtfelds standen.

Daß in dieser Situation eine Taktik hätte durchgeführt werden können, die objektiv richtig, wie es einst der marxistische Historiker tun wird, die widerstreitenden Tendenzen auf den proletarischen Renner gebracht hätte, ist eine solche Illusion, wie sie sich nur jemand leisten kann, der heute noch seine Theorie, die auf das Eintreten der Weltrevolution baute, als durch die Tatsachen erwiesen bezeichnet, weil — die Weltrevolution im vorausgesehenen Zeitpunkt nicht eingetreten ist.

Vielleicht mag aber von den russischen Marxisten in jenem Augenblick ein Fehler begangen worden sein, wo die Machtübergabe durch einen Teil des Proletariats bereits vollzogen war und es darauf angekommen wäre, die — geschichtlich unvermeidliche — Transformation der revolutionären Diktatur in die Staatsordnung eines kapitalistischen Staatswesens, die sich jetzt nach drei Jahren Bürgerkrieg und Schreckensherrschaft, nach sieben Jahren Masseneindring und um das Schicksal der Arbeiterbewegung rechtzeitig von dem des kapitalistisch werdenden Staates lösen zu können. Vielleicht, sagen wir, wäre in den ersten Monaten des Rätestaates die Verbreiterung seiner politischen Basis möglich gewesen, vielleicht wäre durch die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierungsgewalt verhindert worden, daß die proletarische Diktatur ausartete in eine Diktatur über das Proletariat.

Ein solcher Weg ist nicht beschritten worden, während alle Versuche der sozialdemokratischen Arbeiterkraft, von außen auf die kommunistische Regierung Einfluß zu nehmen, in den Jahren des „Kriegssozialismus“ nur zur Verschärfung der Diktatur geführt haben.

Was ist das Wesen dieser Diktatur? Ist sie in der Tat bloß eine Erscheinung, die schlimmer als der zaristische Despotismus, mit denselben Mitteln zu bekämpfen wäre wie der Zarismus? Oder ist sie, wenn auch keine demokratische Herrschaft des Proletariats, wenn auch despotischer Sozialismus, so doch immerhin Sozialismus?

Eins sei vorweggenommen: daß die bolschewistische Umwälzung die feudalistische Gesellschaftsordnung gründlichst beiseite hat, ist nicht zu bestreiten. Das Revolutionäre dieser Umgestaltung ist über jeden Zweifel erhaben. So wäre es auch nicht richtig, wenn man in der Sowjet-Diktatur nur eine Diktatur sehen wollte. Nein! Die Diktatur der russischen Kommunisten ist mehr: sie ist diejenige Gewalt, die, so verabscheuungswürdig sie sein mag, die Funktion der Geburts-helferin einer neuen Wirtschaftsordnung erfüllt hat. Und sie wird solange bestehen bleiben, als diese Wirtschaftsordnung: der Kapitalismus, ihre Fesseln nicht gesprengt hat.

Das Revolutionäre dieser Diktatur ist aber eben gerade dies: daß sie dem Kapitalismus den Weg geebnet hat, was nicht mehr und nicht minder mit Sozialismus Ähnliches.

\* Vergl. die Aufsätze in den Nummern 241 und 248 der V. B.